

Diese Beispiele zeigen, daß einige unserer staatlichen Organe sträflich gegen das Sparsamkeitsregime verstoßen. Es ist vor allem notwendig, daß sich die Ministerien endlich über die tatsächlichen Kapazitäten der Betriebe Klarheit verschaffen. Schon während der Ausarbeitung des Investitionsplans ist es notwendig, die Werkstätigen dafür zu interessieren. Denn was für alle Pläne zutrifft, gilt auch für den Investplan: Er wird um so besser und realer, je mehr man sich auf die Mitarbeit der Werkstätigen stützt. Hätten z. B. Kollegen von der Planungsabteilung im Ministerium für Lebensmittelindustrie mit den Arbeitern in den Märkischen Ölwerken darüber gesprochen, wie die notwendige Kapazitätserhöhung erreicht werden kann, dann wären etwa 100 000 DM gespart worden. Sie hätten für andere wichtige Zwecke verwandt werden können.

Wenn im Investplan die richtigen Objekte festgelegt sind, deren Kapazität erhöht werden muß, ist es notwendig, daß die Betriebe von den Planungsorganen zur sparsamsten Verwendung der Investmittel angeregt werden. Deshalb muß der Plan auf der Grundlage fortschrittlicher Normen erarbeitet werden.

Strenge Finanzdisziplin auch bei Investitionsvorhaben

Obwohl die Partei seit Jahren für strenge Finanzdisziplin kämpft, gibt es heute noch Parteimitglieder, die mit staatlichen Geldern sorglos umgehen. Ohne Rücksicht auf die Höhe der Baukosten wird oft das zur Verfügung gestellte Geld bis zum letzten Pfennig — ja, nicht selten über die bewilligten Mittel hinaus — verbaut. Wenn dann die Bank nicht mehr zahlt oder die Baubetriebe auf Bezahlung der Schulden drängen, versuchen die Leitungen, Parteiorganisationen und Gewerkschaftsleitungen der Betriebe sehr oft über das Zentralkomitee der Partei von der Regierung zusätzliche Investmittel zu erhalten.

Oft werden, um den Forderungen der Betriebe den notwendigen Nachdruck zu verleihen, Delegationen nach Berlin gesandt, die „da oben Wind machen“ sollen, damit „Geld herausgerückt“ wird. Dazu ein Beispiel: Der Rat des Bezirks Cottbus faßte anläßlich der Volkswahlen den Beschluß, den Wohnungsbau Lauchhammer hundertprozentig zu erfüllen. Der Bautermin wurde damit vorverlegt. Das hatte zur Folge, daß andere Bauvorhaben des Bezirks wegen Material- und Arbeitskräftemangel in der Erfüllung zurückblieben und daß für einen kontinuierlichen Wohnungsbau in Lauchhammer ab Oktober keine Mittel mehr zur Verfügung standen. Obwohl dem Rat des Bezirks Anfang Juli der Hinweis gegeben wurde, daß mit den vorhandenen Mitteln der Anschluß an das Jahr 1955 zu sichern ist, wurde dieser Hinweis ignoriert. Verantwortungslose Funktionäre versuchten dann, durch Betriebsdelegationen die zentralen staatlichen Stellen unter Druck zu setzen, um so zusätzliche Mittel zu erhalten.

Funktionäre, die ein solches Verhalten billigen oder mit diesen Methoden arbeiten, scheinen die falsche Vorstellung zu haben, daß unser Staatshaushalt ein unerschöpflicher Beutel ist, aus dem man unbegrenzt Mittel nehmen kann, um diese Planüberschreitungen — es müßte richtiger Schwarzinvestitionen heißen — zu finanzieren.

Derartige Methoden stehen im Widerspruch zu den ökonomischen Gesetzen und den sozialistischen Wirtschaftsprinzipien; sie beweisen, daß jene Staats- und Wirtschaftsfunktionäre Sinn und Ziel des Sparsamkeitsregimes nicht begriffen haben.